

Ekkehard Lieberam

Geschichtsvergessenheit: nur so funktioniert die Integrationsfalle

In der Linkspartei erlebten wir in der letzten Zeit beim Thema Regierungsbeteiligung viel Verwirrendes und Erstaunliches. Das Thema Mitregieren im Bund wurde im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 zum Fixpunkt aller Diskussionen. Zunächst, nach den enttäuschenden Ergebnissen bei den Landtagswahlen am 13. März 2016 (in Sachsen-Anhalt verlor die Linkspartei 7,2 Prozent) waren sich die meisten Politiker der Partei noch einig, dass es ein „Weiter so“ nicht geben dürfe, dass man sich als Partei der Lohnabhängigen und besonders der Prekarisierten, als Friedenspartei, als systemverändernde Partei profilieren müsse. Der Magdeburger Parteitag im Mai 2016 orientierte auf Opposition. Einen Monat zuvor hatten Katja Kipping und Bernd Riexinger sogar in einem Papier zur „Revolution“ aufgerufen: „für soziale Gerechtigkeit und Demokratie“. Ein „linkes Lager“ im Parteiensystem gäbe es nicht. Man müsse die „außerparlamentarischen Bewegungen stärken“. Katja Kipping sagte auf dem Magdeburger Parteitag: „... wir sind keine willfähigen Mehrheitsbeschaffer für andere Parteien.“¹

Dann war das alles vergessen. Bernd Riexinger sprach am 20. Juni vom bevorstehenden „Lagerwahlkampf gegen die Bürgerlich-Konservativen“.² Katja Kipping meinte in ihrem ARD-Sommerinterview des Berichts aus Berlin vom 31. Juli: „Wir wollen eine links-grüne Regierung, die einen Politikwechsel einleitet“. Gregor Gysi verlangte gemeinsame Beratungen mit der SPD. Bodo Ramelow mahnte, dass an der NATO-Frage eine Koalition mit SPD und Grünen nicht scheitern dürfe. Ein erster Entwurf für die Wahlkampfplanung zur Bundestagswahl 2017 von Ende August, vorgelegt vom Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn, formulierte seltsam inhaltsleer: „Wir wollen und wir werden regieren, wenn wir mit anderen Politik ändern können“.³ Der Bundesvorstand lehnte diesen Entwurf dann überraschend mit einer Mehrheit von 60 Prozent selbst als Diskussionsgrundlage ab, ein seltener, wenn nicht gar einmaliger Vorgang in der 150-jährigen deutschen Parteiengeschichte. Die dann am 4. Dezember angenommene Wahlkampfstrategie setzte stärker auf ein oppositionelles Profil, ohne eine Koalition mit SPD und Grünen auszuschließen.

Beirren durch die deutliche Ablehnung eines offensiven Wahlkampfes der Linkspartei für „r2g“ („rot-rot-grün“) im Bundesvorstand ließen sich deren Verfechter nicht. Es gab am 18. Oktober einen „Trialog“ von SPD, LINKEN und Grünen in Berlin. Etwa 30 Politiker der Linkspartei nahmen daran teil, auch Matthias Höhn. Man werde sich am 11. Dezember wieder treffen, „um über eine mögliche Koalition nach der Bundestagswahl zu sprechen.“⁴ Kurz vor dem 1. Advent kam dann die frohe Botschaft „Dem Trübsinn ein Ende“. In Leipzig trafen sich am 28. November Dietmar Bartsch von den LINKEN, Anton Hofreiter von den Bündnisgrünen und Katarina Barley von der SPD und diskutierten in Leipzig mit knapp 300 Teilnehmern über eine „Machtoption rot-rot-grün“.⁵

In Mecklenburg-Vorpommern war am 4. September nach einem aufs Regieren und die Heimatliebe ausgerichteten Wahlkampf DIE LINKE mit 5,2 Prozent Verlusten vom Wähler

¹ Katja Kipping, Für eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt, <https://www.die-linke.de/.../parteitage/magdeburger-parteitag-216/katja-kipping>

² n-tv Kurznachrichten vom 20. Juni 2016, AFP.

³ Strategischer Ansatz für die Bundestagswahl 2017, Wahlstrategie, Stand 12. September 2016, S. 3.

⁴ Michael März, Rendezvous in Szene gesetzt, junge Welt vom 20. Oktober 2016.

⁵ Aert von Riel, Große Koalition hat sich erschöpft, ND vom 28. November 2016.

abgestraft worden. Es gab Frust bei den Regierungslinken. In Berlin, 14 Tage später, kam die Linkspartei auf das respektable Ergebnis von 15,6 Prozent der Zweitstimmen. Wieder war Mitregieren im Rahmen einer „Rot-Rot-Grünen“ Landesregierung angesagt. Eine Mitgliederbefragung stimmte dem zu.

Bedenklich ist das Niveau der neuerlichen Regierungsbeteiligungsdebatte im Bund. Es wird so getan als ob der Bundestag die Zentralachse der Politik wäre und die Macht aus den Wahlurnen käme. Die Hoffnung auf „Milderung des Neoliberalismus“ oder gar auf einen „politischen Richtungswechsel“ gegen den Neoliberalismus lässt vergessen, dass Herrschaft aus der ökonomischen Macht hervorstammt und SPD sowie Bündnisgrüne nach wie vor zur Agenda 2010 und zur Kriegsführung in aller Welt stehen. Schon wer die Umfragewerte zusammen zählen kann, müsste eigentlich wissen, dass angesichts der voraussehbaren Mehrheitsverhältnisse es im 19. Bundestag keine Mehrheiten für „r2g“ geben wird.

Geradezu erschreckend aber ist die Geschichtsvergessenheit der Debatte. Es gibt in Deutschland und international eine Vielzahl von Praxistests mit dem Regieren von Linkssozialisten und Kommunisten in bürgerlichen Staaten. PDS und Linkspartei regierten selbst seit 1998 in vier Bundesländern mit. Weder die historischen noch die jüngsten Erfahrungen spielen jedoch in der aktuellen Debatte eine merkbare Rolle.⁶ Diskutiert wird gern über Details der Koalitionsverträge bzw. -vereinbarungen. Strategische Fragen aber werden verdrängt. Die Integrationsfalle Mitregieren hat Geschichtsvergessenheit zur Voraussetzung. Die internationale negative Bilanz von Linksregierungen stört und ist so auch kein Thema. Kritische Analysen der Regierungspraxis seitens der Parteiführung in jenen Ländern, die wie Thüringen und Brandenburg von „r2g“ regiert werden, gibt es nicht. Als Hauptkenntnis der geschichtlichen und der jüngsten Erfahrungen bewahrt sich die Sentenz von Rosa Luxemburg: „Wild nicht erlegt und die Flinte zugleich verloren“.⁷

Der Sündenfall des Alexandre Millerand

Alles begann mit dem Eintritt des französischen Sozialisten Alexandre Etienne Millerand am 22. Juni 1899 als Handelsminister in das Kabinett Waldeck-Rousseau, dem mit General Galliffet sogar einer der Schlächter der Pariser Kommune angehörte.

Die unmittelbar danach in der SPD und in den anderen Parteien der Sozialistischen Internationale einsetzende Auseinandersetzung um Sinn und Unsinn des Millerandismus bzw. Ministerialismus war eine heftige und gescheiterte Debatte. Der Internationale Sozialistenkongress von 1900 in Paris, aber auch noch der von 1904 in Amsterdam beschäftigten sich mit der Regierungsfrage.⁸ An der Debatte beteiligten sich in Deutschland besonders August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Karl Kautsky. Der Kongress in Paris nahm die „Resolution Kautsky“ an, die den Eintritt von Sozialisten in eine bürgerliche Regierung als „Notbehelf“ bezeichnete und von bestimmten Bedingungen abhängig machte.⁹ Der Kongress in Amsterdam beschloss in Übereinstimmung mit einem Beschluss des Dresdener SPD-Parteitag von 1903, dass die Sozialdemokratie „einen Anteil der Regierungsgewalt in einer bürgerlichen Regierung nicht anstreben kann.“¹⁰

⁶ Eine Ausnahme ist die Publikation: Nach Goldschätzen graben, Regenwürmer finden, Die Linke und das Regieren, Köln 2016 mit 29 Beiträgen von 22 Autoren. HerausgeberInnen sind neben Sascha Stanicic die Bundestagsabgeordnete Inge Hoeger und die Mitglieder des Bundesvorstandes der Linkspartei Lucy Redler und Thies Gleiss.

⁷ Rosa Luxemburg, Possibilismus und Opportunismus, Sächsische Arbeiterzeitung vom 30. September 1898.

⁸ Vgl. Ehrenfried Pöbneck, Der Fall Millerand, , März 2008, www.triller-online.de/k0173.htm

⁹ Internationaler Sozialisten-Kongress zu Paris, 23. bis 27. September 1900, S. 17.

¹⁰ Zit. nach Ehrenfried Pöbneck, a. a. O., Anmerkung 12.

Rosa Luxemburg schrieb zum Thema mehrere bemerkenswerte Artikel in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften, in der sie unter anderem den Zusammenhang der Hinwendung zum Ministerialismus mit dem Bernsteinschen Konzept der „stückweisen Einführung des Sozialismus“ aufzeigte. Der damals 30jährige Karl Liebknecht setzte sich mit der These von Jean Jaures auseinander, der Millerands Schritt als „Anfang der politischen Expropriation der Bourgeoisie“ bewertet hatte und erteilte der „neuen Methode“ ebenso eine Absage wie dem Versuch, seinen Vater zum Kronzeugen dafür anzuführen.¹¹

Ministerialismus: Ende der Prinzipienpartei

Die Debatte der SPD um die Regierungsfrage in den Jahren 1899 ff. war eine Prinzipiendebatte einer marxistischen Partei. Erkannt wurde, dass Mitregieren ohne den Preis des Verlustes sozialistischer Grundsätze in aller Regel nicht zu haben ist. Es ging ebenfalls um den Zusammenhang zwischen Gesellschaftsstrategie (Eroberung der politischen Macht, sozialistisches Endziel) und der Regierungsfrage und damit um tragfähige programmatische Positionen. Erstaunlich sind aus heutiger Sicht die Prognosekraft wie auch die Aktualität der damals formulierten Grundsätze und Grundpositionen. Es sind vor allem vier Erkenntnisse, die unsere Aufmerksamkeit verdienen:

Zum einen ist dies die Aussage von Wilhelm Liebknecht in seinen Brief an die französische Arbeiterpartei vom 10. August 1899: „Ein Sozialist, der in eine Bourgeoiseregierung eintritt, geht entweder zum Feind über oder er gibt sich in die Gewalt des Feindes. In jedem Fall trennt ein Sozialist, der Mitglied einer Bourgeoiseregierung wird, sich von uns, den kämpfenden Sozialisten.“¹²

Das Bild von den „kämpfenden Sozialisten“ will tatsächlich nur schwerlich zu Politikern der Linkspartei wie Helmut Holter aus Mecklenburg-Vorpommern oder Bodo Ramelow aus Thüringen passen. Die Differenzierung zwischen Überläufern und Sozialisten, die sich vorübergehend „in die Gewalt des Feindes“ begeben, ist richtig. Nicht wenige Sozialisten, die Ministerpräsident oder Minister waren, haben sich später wieder den „kämpfenden Sozialisten“ angeschlossen. Man denke nur an Otto Grotewohl oder an Oskar Lafontaine.

Zum anderen gehört zu den damals formulieren und heute noch beachtenswerten Positionen der Satz von Rosa Luxemburg: „In der bürgerlichen Regierung ist der Sozialdemokratie dem Wesen nach die Rolle einer *oppositionellen Partei* vorgezeichnet, als *regierende* darf sie nur auf den Trümmern des bürgerlichen Staates auftreten.“¹³

Diese Position ist keineswegs veraltet. Grundsätzlich gilt: Als oppositionelle Partei trägt eine kommunistische oder linkssozialistische Partei dazu bei, Gegenmacht und Gegenöffentlichkeit gegen den Neoliberalismus und die Kriegspolitik zu entwickeln; als regierende Partei im bürgerlichen Staat stärkt sie fast unweigerlich die bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Buchstäblich auf den Trümmern des bürgerlichen Staates in Deutschland gab es (was im geschichtlichen Bewusstsein der Linken fast gar nicht mehr präsent

¹¹ Karl Liebknecht, Die neue Methode, in: Die Neue Zeit, Wochenschrift der Sozialdemokratie, 2. Band (1902), H. 23=49, vgl. Ekkehard Lieberam, Integrationsfalle (Mit-)Regieren, Bergkamen 2016, S. 50 f.

¹² Vgl. Brief an den Jahreskongreß der französischen Arbeiterpartei, zit. nach: Ekkehard Lieberam, Integrationsfalle (Mit-)Regieren, a. a. O., S. 49.

¹³ Rosa Luxemburg, Eine taktische Frage, Leipziger Volkszeitung vom 6. Juli 1899.

ist) gerade in Deutschland wichtige Erfahrungen mit progressiven parlamentarischen Regierungen, nämlich ab 1946 in den Ländern der Sowjetischen Besatzungszone.¹⁴

Weiterhin ist hochaktuell, was Rosa Luxemburg seinerzeit zum Verhältnis von Regieren und Prinzipien sagte: die Taktik findet ihre Grenze dort, wo die sozialistischen Prinzipien in Frage gestellt werden.¹⁵

Außerhalb dieser Grenzen, kann es keine Taktik und so auch kein Mitregieren geben. Eine Anerkennung etwa der Sozialpartnerschaft, der Schuldenbremse und der Kriminalisierung der DDR als „Unrechtsstaat“ in der Thüringer Koalitionsvereinbarung vom Dezember 2014 durch die LINKE ist prinzipienwidriges Taktieren. In deren Gefolge gehen dann „beim Regieren selbst“ weitere Prinzipien (Verteidigung der demokratischen Rechte gegen den Verfassungsschutz oder Ablehnung von Entlassungen im Öffentlichen Dienst) sukzessive den Bach herunter.

Schließlich nennt Rosa Luxemburg eine wichtige Ausnahme von der Regel einer Ablehnung der Regierungsbeteiligung: Es gäbe „Augenblicke“, wo ein „Anteil an der bürgerlichen Regierung“ als „notwendig erschiene“. Das sei namentlich der Fall, wo es sich um „die demokratischen Errungenschaften, wie die Republik handelt“.¹⁶

Natürlich verlangt nicht jede Bedrohung demokratischer Errungenschaften eine Aufgabe der Oppositionsrolle. Rosa Luxemburgs Hinweis gilt für den Fall außergewöhnlicher Bedrohungen wie der der „Republik“. Es gehört zu den politischen Fehlern der KPD, dass sie gemäß den Weisungen aus Moskau in der Endphase der Weimarer Republik diesen Hinweis im Kampf gegen den Nazifaschismus nicht berücksichtigte. Sie erklärte die SPD-Führung zum Feind, wo die Aufgabe anstand, mit Sozialdemokraten (auch mit den führenden) und bürgerlichen Demokraten entschlossen und gemeinsam die Übertragung der Regierungsmacht an die Naziartei zu verhindern. In Frankreich setzte die Kommunistische Partei ab 1934 auf eine Volksfrontpolitik mit den Sozialisten und Radikalen. Sie unterstützte die am 6. Juni 1936 gebildete Regierung der sozialistischen SFIO und der Radikalen Partei unter Leon Blum, beteiligte sich aber nicht an ihr mit eigenen Ministern. In Spanien kam es nach dem Ausbruch des Bürgerkrieges im September 1936 zu einer Volksfrontregierung, der erstmals auf nationaler Ebene in einem bürgerlichen Staat Mitglieder der Kommunistischen Partei angehörten. In beiden Ländern gelang es mit dieser Politik, den Vormarsch der Faschisten eine Zeit lang aufzuhalten.

Welche Erkenntnisse ergeben sich aus weiteren praktischen Erfahrungen mit dem Regieren international und speziell in Deutschland?

Triebkräfte hin zum Mitregieren

Erkennbar wurden sowohl sozialstrukturelle als auch individuelle, karrieristische Triebkräfte in Richtung Mitregieren. Das Aufkommen des Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie unter Eduard Bernstein gegen Ende des 19. Jahrhunderts innerhalb der SPD ist nur auf dem Hintergrund der Herausbildung einer „neuen Sozialschicht“ in der Sozialdemokratie zu

¹⁴ Vgl. Werner Künzel, Die Landtage von 1946 bis 1949: revolutionär-demokratische Volksvertretungen, in: Karl-Heinz Schöneburg (Hrsg.), Revolutionäre Prozesse und Staatsentstehung, Berlin 1976.

¹⁵ Rosa Luxemburg schrieb 1901: „Der Taktik unserer Partei sind im Voraus durch unsere Grundsätze bestimmte Grenzen gezogen, *in denen* und nicht *außerhalb derer* sie sich entfalten kann.“, in: Die badische Budgetabstimmung 1901, Gesammelte Werke, Band 1, Halbband 2, Berlin 1970. S. 78.

¹⁶ Eine taktische Frage, Leipziger Volkszeitung vom 6. Juli 1899.

verstehen. Diese entwickelte eigene Interessen, die sich von den Interessen der Lohnarbeiter unterschieden und zeichnete sich durch den Hang zu Anpassung und Fügsamkeit aus. „Sie war an der verwaltungsmäßigen Fortführung der Partei in der gegebenen Existenzweise interessiert und dachte konservativ im Rahmen dieser Aufgabe, ohne über ihre eigene Situation in der Gegenwart hinaus denken zu wollen und zu können.“¹⁷ Die Interessen dieser Schicht drängten hin zur Regierungsteilnahme. Es ging schließlich um den Zugriff auf gut bezahlte höchste Ämter und politischen Einfluss im sich entwickelnden Parteienstaat.

Dabei spielte auch Regierungsgeilheit als individuelle Triebkraft eine nicht zu unterschätzende Rolle. In der Zeit der Wende zum 20. Jahrhundert ging es den Herrschenden nicht um Koalitionen mit der Sozialdemokratie, sondern um deren Schwächung durch Überläufer aus der Sozialdemokratie. Millerands Übertritt war ein Sieg im Klassenkampf von Oben. Aus der Sicht von Millerand war es ein grandioser persönlicher Aufstieg, als Parlamentsabgeordneter einer gering geachteten Partei plötzlich zur Regierung zu gehören.

Alexandre Millerand ging diesen Weg als erster. Nach wenigen Jahren war er ein ganz normaler bürgerlicher Minister und später ein ausgesprochener Reaktionär (er trat 1904 aus der Sozialistischen Partei aus). Erst 1930 wurde bekannt, dass 1903 der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Georg von Vollmar, ein enger Vertrauter von Eduard Bernstein, den gleichen Weg als zweiter gehen wollte.¹⁸ Vollmar bat den damaligen Reichskanzler Bernhard Graf von Bülow um eine entsprechende Unterredung. Dieser „empfing von ihm den Eindruck eines nicht nur gescheiterten, sondern auch ehrlichen und charaktervollen Mannes“¹⁹ und stimmte zu, ihn als Minister (damals Staatssekretär genannt) in sein Kabinett aufzunehmen. Das Ganze scheiterte daran, dass Wilhelm II nicht mit machte.

Die „rein sozialistisch(e)“ Regierung des Friedrich Ebert

Am 9. November 1918 (Philipp Scheidemann rief an diesem Tage die Republik aus und Karl Liebknecht die sozialistische Räterepublik) übertrug Reichskanzler Max von Baden (mit Verweis auf eine entsprechende Absicht von Wilhelm II.) die Regierungsgewalt an Friedrich Ebert als neuem Reichskanzler.²⁰ Als Revolutionsregierung wurde der Rat der Volksbeauftragten gebildet, dem jeweils drei Vertreter der SPD und der USPD angehörten. Am 12. November legte der Rat sein Regierungsprogramm vor. Er bezeichnete sich selbst als „rein sozialistisch“ und formulierte als Aufgabe, nunmehr „das sozialistische Programm zu verwirklichen.“²¹ Unter Karl Kautsky setzte die Regierung am 24. November eine Sozialisierungskommission ein. Karl Liebknecht wurde aufgefordert, in den Rat der Volksbeauftragten einzutreten. Man wollte seine Autorität. Liebknecht lehnte ab, worauf noch einzugehen ist.

Geschaffen war so das Grundmuster, um Regierungsteilnahme von links zu rechtfertigen: Es ist die Verheißung, damit beginne der Weg hin zu einer sozialistischen Gesellschaft bzw. (heute) hin zu einer „sozialen Gesellschaft“ oder zu einem politischen Richtungswechsel gegen den Neoliberalismus.

¹⁷ Wolfgang Abendroth, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, zit. Nach: Ekkehard Lieberam, Integrationsfälle (Mit)Regieren, a. a. O., S. 6.

¹⁸ Vgl. Bernhard Fürst von Bülow, Denkwürdigkeiten, Hrsg. Von Franz von Stockhammern, Berlin 1930.

¹⁹ Ebenda, S. 600

²⁰ Am 4. Oktober 1918 waren die SPD-Reichstagsabgeordneten Gustav Bauer und Philipp Scheidemann in das Kabinett des Reichskanzlers Prinz Max von Baden eingetreten. Sie hatten am 7. November ihren Rücktritt erklärt.

²¹ Regierungsprogramm des Rates der Volksbeauftragten, 12. November 1918, nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 3, Berlin 1966, S. 494.

Friedrich Ebert ließ Armee, Justiz und Beamtenapparat unangetastet und schloss am 10. November ein geheimes Abkommen mit General Wilhelm Groener, dem Chef der Obersten Heeresleitung (OHL) im Kampf gegen die Revolution.²² Der Sozialismus kam nicht, er wurde verhindert. Man betrieb in einer Revolution, die das Potential in sich hatte, von einer bürgerlich demokratischen in eine sozialistische hinüber zu wachsen, Herrschaftssicherung unter linker Flagge. Ab Februar 1919 war Gustav Noske Reichskriegsminister. Im Zuge der Niederschlagung der Räterepubliken in München, Bremen und Braunschweig sowie anderer revolutionärer Erhebungen tötete die Konterrevolution mehr als 7.000 Menschen.

Zu den wichtigen Lehren der deutschen Novemberrevolution gehört, dass Regieren durch „Sozialisten“ in der Regel mit Machtveränderung zu Gunsten der Lohnarbeiter in Richtung Sozialismus nichts zu tun hat. Mitregieren ist in der Hauptsache eine Integrationsfalle. Wenn eine sozialistische oder kommunistische Partei in diese Falle hineingeht, dann verstärken sich Anpassung und Fügsamkeit enorm. Die Interessen ihrer Führungsschicht verbinden sich beim Regieren mit den Interessen der Konzerne und Banken, die Parteiführung selbst wird allmählich eine politische Struktur der Kapitalherrschaft. In einem längeren geschichtlichen Prozess des Hin und Her (bedingt durch Konflikte zwischen den Interessen der Führungsgruppe und den entgegen gesetzten Klasseninteressen der Basis) kommt es zunächst zur Einordnung der Führung und dann der Gesamtpartei in das System kapitalistischer Klassenherrschaft. Dieser Prozess erstreckte sich bei der SPD über Jahrzehnte bis weit nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Aus einer sozialistischen Prinzipienpartei wurde eine Partei, die die Denkschemata und die Freund- und Feindbilder der Herrschenden voll übernahm, die unter Gerhard Schröder sich mit der Agenda 2010 geradezu als Rammbock des Neoliberalismus betätigte, wobei in Teilen der Führung, vor allem in der Basis und bei den Jungsozialisten jeweils mit unterschiedlicher Ausprägung noch vage Erinnerungen an die sozialistische Vergangenheit fortexistieren.

Einheitsfront, Arbeiterregierungen, Linksregierungen

Rosa Luxemburg hatte grundsätzlich die Möglichkeit verneint, in eine Regierung einzutreten bevor der bürgerliche Staat in Trümmern liegt. In den ersten Tagen der Novemberrevolution 1918 lehnte Karl Liebknecht den Eintritt in den Rat der Volksbeauftragten ab. Er stellte Bedingungen wie die Übertragung der Macht an die Arbeiter- und Soldatenräte. Ebert und die SPD-Vertreter stimmten nicht zu. Liebknecht folgte dem Konzept Lenins in der russischen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917: „Keine Unterstützung der Provisorischen Regierung. Alle Macht den Sowjets.“ Die Eroberung der Mehrheit in den Sowjets im Rahmen einer Doppelherrschaft hatte in Russland, gestützt auf die revolutionären Massen, zum Sturz der Provisorischen Regierung und zur Errichtung der Sowjetmacht geführt.

In Deutschland war das gleiche Konzept in der Novemberrevolution 1918 nicht erfolgreich. Der Einfluss der revolutionären Kräfte in der Arbeiterbewegung war schwächer; die politischen Reserven der Konterrevolution größer. In der DDR gab es besonders im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der Novemberrevolution im Jahre 1968 Diskussionen darüber, ob Karl Liebknecht nicht angesichts der Stimmung der Massen doch in die Regierung der Volksbeauftragten hätte eintreten sollen, um von innen heraus, deren konterrevolutionären Charakter zu enttarnen und die revolutionären Kräfte im Rat wie auf der Straße zu unterstützen und zu stärken. Anliegen dieser Position war es erklärtermaßen, in einer ähnlichen Situation künftig flexibler zu reagieren.

²² Vgl. Zeugenaussage des Generals Groener im Münchener Dolchstoßprozeß von 1925, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 3, a. a. O., S. 488.

Die Kommunistische Internationale gab auf ihrem IV. Weltkongress im November/Dezember 1922 in ihren „Thesen über die Taktik der Kommunistischen Internationale“ die Losung der Arbeiterregierung heraus. Sie ging davon aus, dass in der nach ihrer Einschätzung begonnenen vorrevolutionären Situation in einigen Ländern die Machteroberung mit der Schaffung einer Einheitsfront und mit Arbeiterregierungen aus Kommunisten und linken Sozialdemokraten auf neue Weise mit der Regierungsfrage verbunden werden müsse. Die Kommunistische Internationale forderte von ihren Parteien eine Politik der Einheitsfront und der Arbeiterregierungen in jenen Ländern, „wo das Kräfteverhältnis zwischen den Arbeiterparteien und der Bourgeoisie die Entscheidung der Regierungsfrage als praktische Notwendigkeit auf die Tagesordnung setzt.“²³

In Deutschland orientierte die KPD auf den Sturz der Reichsregierung unter Wilhelm Cuno und die Bildung einer Arbeiterregierung. Der 8. Parteitag der KPD vom 28. Januar bis zum 1. Februar 1923 unter seinen damaligen Vorsitzenden Heinrich Brandler stimmte dem mit Zweidrittelmehrheit zu. In der entsprechenden Resolution hieß es: „Die Arbeiterregierung ist weder die Diktatur des Proletariats noch ein friedlicher parlamentarischer Aufstieg zu ihr. Sie ist ein Versuch der Arbeiterklasse, im Rahmen und vorerst mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie gestützt auf proletarische Organe und proletarische Massenbewegungen, Arbeiterpolitik zu treiben.“²⁴

Im Oktober 1923 kam es zur Bildung von Arbeiterregierungen in Thüringen und Sachsen mit jeweils zwei Ministern der KPD. Sie bestanden nur 27 bzw. 19 Tage. Mittels Artikel 48 der Weimarer Verfassung setzte die Reichsregierung diese Regierungen ab und ließ die Reichswehr einmarschieren. Der Plan der Kommunistischen Internationale, das vorhersehbare militärische Eingreifen der Reichswehr mit einem Generalstreik zu beantworten und so eine Revolution auszulösen, schlug fehl. Es fehlte für eine revolutionäre Situation 1923 insbesondere das Kriterium der Unfähigkeit der Herrschenden, ihre Macht weiter auszuüben zu können.

Die Überlegungen von Heinrich Brandler und seiner Anhänger aber gingen offensichtlich weiter: eben gestützt auf revolutionäre Massenbewegungen in der Regierung im Rahmen der bürgerlichen Demokratie real Arbeiterpolitik zu machen und dabei den Weg zum Sozialismus zu öffnen.

An dieses Konzept knüpfte nach dem Zweiten Weltkrieg eine Reihe von kommunistischen und linkssozialdemokratischen Parteien an, zumeist unter den Losungen der Linksfrent und der Linksregierung. Es gab in Europa (abgesehen von Regierungsbeteiligungen von 1945 bis 1947) derartige Versuche zu verschiedenen Zeiten, unter sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Kräftekonstellationen in acht Ländern: in Finnland, Frankreich, Zypern, Schweden Norwegen, Dänemark, Italien und Griechenland. Erfahrungen mit Linksregierungen wurden gemacht in Lateinamerika, konkret in Guatemala 1951 bis 1954 und in Chile 1970 bis 1973 (beide wurden durch vom CIA organisierte Putsche gestürzt) und in jüngster Zeit in Nikaragua, in Venezuela, Bolivien und Ecuador mit substantiellen Erfolgen, aber auch harten Rückschlägen im Kampf gegen Konterrevolution und Korruption.

Die europäischen Erfahrungen sind überwiegend negativ. In Italien kam es zu einer Sozialdemokratisierung der Kommunistischen Partei, die sich umbenannte und voll in den bürgerlichen Politikbetrieb einordnete. Die Partei der Kommunistischen Neugründung PRC, die

²³ Thesen und Resolution des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 646.

²⁴ Leitsätze zur Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung, 8. Parteitag der KPD in Leipzig, 1. Februar 1923, nach: ebenda, S. 650.

sich 1991 konstituierte, beteiligte sich ab 1996 zweimal an Regierungen. Sie scheiterte danach an den Sperrklauseln (vier bzw. acht Prozent) und ist heute in beiden Kammern des Parlaments nicht mehr vertreten. In Griechenland versprach Alexis Tsipras nach Bekanntwerden des Wahlsieges am Abend des 25. Januar 2015, Griechenland lasse damit „das Spardiktat und die Angst“ hinter sich, eine angesichts der festgefügteten Kapitalherrschaft in der EU absurde Illusion. Von damals 36,5 Prozent der Wahlstimmen blieben bei Umfragen im September 2016 gerade einmal noch 17,5 übrig. Für die linken Parteien, die sich in den skandinavischen Ländern an Regierungen beteiligten, gilt: „Schlechte Erfahrungen mit Regierungsbeteiligungen lösen kaum politikwirksame Lernprozesse oder gar Mobilisierungseffekte von unten, sondern eher Resignation und weitere Anpassung aus.“²⁵

Differenzierter sind die Ergebnisse der Linksregierung in Frankreich nach dem Sieg von Francois Mitterand bei den Präsidentschaftswahlen am 10. Mai 1981 zu bewerten. Der am 23. Juni 1981 gebildeten Linksregierung unter Beteiligung von vier Kommunisten als Ministern ging in den siebziger Jahren eine politische und gesellschaftliche Bewegung zur Schaffung einer Linksfront für den „Bruch mit dem Kapitalismus“ voraus, die 1977 allerdings zerbrach. Aber 1981 gab es in Frankreich immer noch eine kämpferische starke Linke. In der Nationalversammlung hatten nach den Juniwahlen 1981 deren Parteien (Sozialistische Partei, Kommunistische Partei und die Bewegung der Radikalen) eine deutliche Mehrheit. Das internationale Kräfteverhältnis war noch geprägt von der Existenz eines sozialistischen Weltsystems.

Im ersten Halbjahr gab es unter der auch über die Präsidialmacht von Mitterand verfügenden Linksregierung nicht nur Versprechungen, sondern tatsächlich Eingriffe in die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und wichtige Reformen im Interesse der Lohnabhängigen. 39 Banken und fünf große industrielle Konzerne wurden verstaatlicht. Die Rechtsstellung der Arbeiter und der Gewerkschaften in den Betrieben wurde deutlich verbessert. Die Linksregierung setzte zahlreiche substantielle soziale Verbesserungen für die Lohnabhängigen durch: 39-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich, Erhöhung des Mindestlohnes um 20 Prozent, Absenkung des Rentenalters auf 60 Jahre. In der Außen- und Militärpolitik allerdings, die in den Händen von Mitterand lag, blieb alles wie vorher.

Bereits nach einem halben Jahr kamen die progressiven Reformen zum Stillstand. Mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen setzte die Kapitalistenklasse die Linksregierung unter Druck. Ihre Waffen waren Kapitalflucht ins Ausland, Investitionsverweigerung und Kampagnen der bürgerlichen Presse gegen die Regierung. Hinzu kamen die Auswirkungen einer zyklischen Wirtschaftskrise, einschließlich rapide steigender Arbeitslosenzahlen. Die Finanzmärkte setzten die französische Regierung massiv unter Druck. Die Linksregierung ging schon 1982 zu einer Politik der Steuererleichterungen für das Kapital über. Die Vertreter der Kommunistischen Partei blieben dennoch in der Regierung und blockierten sogar Demonstrationen gegen diese Politik. Die Kommunistische Partei verlor drastisch an Einfluss. 1981 erhielt sie bei den Parlamentswahlen noch 16,1 Prozent, 2012 im Rahmen des „demokratischen und republikanischen Bündnisses“ noch 6,9 Prozent. Es bleibt die Frage, was damals falsch lief oder ob die französische Linksregierung Anfang der achtziger Jahre doch einfach „die Erfahrung gemacht (hat), dass sie an die Grenzen ihres Könnens gelangt ist.“²⁶

Linke Politikalternative verlangt harte Opposition

²⁵ Edeltraut Felfe, Wenn nicht gewagt wird, das Kapital anzugreifen ..., in: Thies Gleiss/IngeHöger/Lucy Redler/Sascha Stanicic (Hg.), Nach Goldschätzen graben, Regenwürmer finden, a. a. O., S. 126.

²⁶ Jerome Vaillant, Deutschlandkorrespondent der Unite´, Organ der in Sozialistischen Partei, in: Johannes M. Becker (Hg.), Das französische Experiment. Linksregierung in Frankreich 1981 bis 1985, Berlin Bon 1985, S. 198.

Die Regierungsfrage ist auch heute historisch-konkret zu beantworten. „r2g“ im Bund ist kein Ende des „Trübsinns“, auch kein bloßer Irrweg, sondern wäre eine politische Großkatastrophe für die Linken. Bereits die Beispiele aus jüngster Zeit in Italien und Griechenland legen nahe, dass seit geraumer Zeit in Europa Mitregieren politisch geradezu tödlich sein kann, dass derzeit keinerlei Chancen für linke Regierungspolitik gegeben sind, geschweige denn für eine Exitstrategie mittels Regieren aus dem Krisenkapitalismus. Die Erfahrungen der PDS und der LINKEN in den Regierungen ostdeutscher Bundesländer bestätigen dies.

Die Herrschaftsstrukturen sind derzeit in Deutschland recht stabil. Das große Kapital, konfrontiert mit sinkenden Deutschschnittsprofitraten in der gewerblichen Wirtschaft und drohenden Finanzcrashes, verfügt über eine relativ stabile Herrschaftsstruktur. Sein wichtigstes politisches Anliegen ist die Fortsetzung der neoliberalen Offensive gegen die Lohnabhängigen. Es ist dabei daran interessiert, die Linkspartei zu zähmen und in den allgemeinen Politikbetrieb einzubauen. Die Machtfrage heute stellen, heißt deshalb mehr denn je, gegen die Kapitalmacht und die von dieser beherrschten politischen Institutionen gesellschaftliche, politische und gewerkschaftliche Gegenmacht zu organisieren. Beim „Mitregieren im Bund“ ginge noch bestehende politische Gegenmacht vollends verloren.

Die Erfahrungen der PDS und der Linkspartei beim Mitregieren seit 1998 in Mecklenburg-Vorpommern, in Berlin, Brandenburg und seit Dezember 2014 als stärkste Partei von „r2g“ in Thüringen bestätigen die geschichtlichen Erfahrungen.

Regierungsbeteiligung in diesen Bundesländern hat die Fügsamkeit und den Übergang der Linkspartei auf die Positionen der Regierenden verstärkt. In den Landesregierungen haben sich die Minister und Staatssekretäre der Linkspartei von entscheidenden Alleinstellungsgrundsätzen ihrer Partei verabschiedet. Die Glorifizierung von Regierungsbeteiligung als Einstieg in eine Wende gegen den Neoliberalismus erwies sich überall als falsch. Nicht einmal eine „Milderung“ des Neoliberalismus ist zu verzeichnen. Deutlich schlechter geworden ist auch die Linkspartei insgesamt. Sie kaschiert die Prinzipienlosigkeit der Regierungspolitik und wird unglaubwürdig. Sie vertritt deutlicher als bisher die Position einer Regierungspartei im Wartestand auch auf Bundesebene. Sie verliert nicht nur an politischem Profil, sondern auch an Stimmen. Selbst in Thüringen mit ihren nach wie vor populären Ministerpräsidenten Bodo Ramelow hat sie nach Umfragen im November von Infratest dimap wie auch von INSA gegenüber dem Wahlergebnis vom 14. September 2014 (29,2 Prozent) mit 23 Prozent gut sechs Prozent verloren.

Das weitere Schicksal der Linkspartei ist schwer zu prognostizieren. Eine linke Partei auf den Weg hin zur Anpassung hat bisher nirgendwo die Kraft gefunden, sich ihrer Lage bewusst zu werden. Für das nächste Jahr ist wichtig, dass DIE LINKE zumindest das Illusionstheater um „r2g“ im Bund beendet und den Bundestagswahlkampf als Kampf um eine linke Alternative zur neoliberalen Politik führt.